

Zwei Jahre nach dem Volksaufstand

Der 17. Juni bestimmt heute noch kommunistische Tagespolitik

Niederlagen einer Diktatur greifen hart in deren Ziele und Methoden ein. Jene, die sich am 2. Jahrestag des Volksaufstandes fragen: „Was haben wir eigentlich erreicht?“ mögen dessen sicher sein. Bis auf den heutigen Tag werden sowohl die sowjetische Deutschland-Politik als auch die der SED von den damaligen Ereignissen beeinflusst. Wenn die in diesen Tagen durch die Betriebe ziehenden Offiziere des Staatssicherheitsdienstes dabei den Aufstand in eine „Revolte bezahlter Agenten“ umzufälschen suchen, zeugt das nur von der Furcht, mit der SED und SSD an den 17. Juni 1953 denken. Für das historische Geschehen selbst gibt es 18 Millionen Augenzeugen — und viele Opfer. Sie alle aber interessiert: Was hat der Volksaufstand erreicht? Wo wäre die Sowjetzone heute, wenn die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands am 17. Juni nicht auf die Straße gegangen wäre?

Jeder weiß, wie kläglich sich die Herren von heute seinerzeit benahmen. Wie die SED unter dem Schutz der Sowjetpanzer Position um Position zurückerobern mußte. Man kennt die Reue-Erklärungen der Regierung, weiß, wie Zaisser, Herrstadt und andere geopfert werden mußten, um die wahren Schuldigen, um das System zu retten. Im SED-Zentralkomitee wurden 20 leitende Funktionen neu besetzt.

Gewiß, es kamen andere. Aber das Volk hatte diese Funktionäre abgesetzt.

SED wurde dezimiert

150 000 SED-Mitglieder und -Funktionäre wurden wegen Versagens oder direkter Beteiligung am Aufstand ausgeschlossen, über 2000 inhaftiert. Einige Zehntausend verließen die Partei verbittert und enttäuscht.

Die soziale Strukturänderung konnte bis heute nicht annähernd ausgeglichen werden: Arbeiter und Kleinbauern, zum Teil jahrzehntelange Kommunisten, hatten die Partei verlassen, nur Karrieristen und gescheiterte Existenzen stießen nach, von den freiverdenden Pöstchen angelockt. Dem Rest sitzt die Furcht vor den strei-

kenden Arbeitern bis heute unter der Haut.

Alles, was danach kam, wurde vom Volksaufstand diktiert. Die Zugeständnisse der Regierung, aber auch der Terror und die „Kampfgruppen“ der SED. Vieles, was man vor dem 17. Juni durchpeitschen wollte, versuchte man später durch die Hintertür zu bewirken. Aber bis heute wagt es die SED noch nicht, generelle Normerhöhung auf administrativem Wege zu verfügen.

Volksdemokratie gestoppt

Hätte es keinen 17. Juni gegeben, wäre die Zone bereits 1954 ein waffenstarrendes Arsenal der Schwerindustrie volksdemokratischer Länder geworden. Und eine vollendete Volksdemokratie, im Alltag einer sowjetischen Provinz erstarrt.

Die Hauptbedeutung aber liegt in dem Schock, den der Aufstand gerade den sich nach Stalins Tod neu auf die Macht orientierenden Sowjets versetzte. Von Malenkows erster Deutschland-Erklärung nach dem Juni 1953 bis zur Einladung des Bundeskanzlers zu einem Moskauer Gespräch hat dieser Schock die Sowjetpolitik begleitet.

Der 17. Juni — das ist seine historische Bedeutung — war

eine unwiderrufliche Absage an den Kommunismus und ein Bekenntnis zur Wiedervereinigung.

Die SED selbst erklärt, daß sie durch den 17. Juni mehr als anderthalb Jahre verloren hat. In diesen anderthalb Jahren hat sich auch im Westen viel ereignet. Die Bundesrepublik ist souverän geworden, nach der grundlegenden Orientierung der westlichen Verteidigung nimmt sie geraden Kurs auf die Wiedervereinigung.

Realitäten

Als aber die SED um die Jahreswende da anzuknüpfen suchte, wo sie am 17. Juni gescheitert war, da begannen die Moskauer die deutschen Realitäten wahrzunehmen. Und wenn heute das SED-Zentralorgan schreibt: Die Bundesrepublik und ihr Bundeskanzler sind eine Realität, an der man nicht vorbeigehen kann, dann ist das für kommunistische Hirne etwas Ungeheuerliches.

Vielleicht werden die Kommunisten eines Tages auch gestehen müssen: Der 17. Juni war eine Meinungsäußerung, an der wir nicht vorübergehen konnten und die für uns — so hart es klingt — noch heute Gültigkeit besitzt!?

Hier liegt der Erfolg des Volksaufstandes. Die Sowjetzonen-Bevölkerung hat nicht tatenlos dagestanden, als es um die Selbstbehauptung Deutschlands ging. Sie hat verhindert, daß 1953 in Mitteldeutschland vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Auf diesen Erfolg baut der Westen heute auf — bis der Giebel über einem in Freiheit wiedervereinigten Deutschland steht.

Berlin — Warner und Wächter

DT. Aus der Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau läßt sich nichts mit größerer Sicherheit ableiten als die Forderung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik richtig war. Sie hat dazu beigetragen, den Westen zu einen, zu stärken und zu sichern, und sie hat — entgegen allen düsteren Prognosen — dennoch das ost-westliche Klima keineswegs verschlechtert, sondern für neue Verständigungsversuche fruchtbarer gemacht.

Ob sie gelingen werden, das ist freilich eine andere Frage — aber die neue Chance ist jedenfalls da. Über diese Zusammenhänge sollte vor allem die SPD nachdenken. Da die deutsche Außenpolitik nun in eine neue Phase eintritt, sollte auch zwischen Regierung und Opposition ein neuer Anfang gemacht werden.

Die neue Phase der Außenpolitik nämlich, die zunächst durch die Viererkonferenz und den Besuch Adenauers in Moskau gekennzeichnet sein wird, bringt nicht nur neue Chancen, sondern auch große Schwierigkeiten und Gefahren. Wir werden deshalb unsere Entscheidungen sehr kühl prüfen und berechnen müssen. Es geht nämlich um reale Interessen und um den Ausgleich der mächtigen Kräfte.

Man darf deshalb die Chancen einer ost-westlichen und — in ihr eingeschlossen — einer deutsch-sowjetischen Verständigung über die Deutschlandfrage nicht an den freundlichen Ergebnissen messen, über die jetzt westdeutsche Journalisten berichten, die zum erstenmal nach Moskau reisen konnten.

Diese Berichte sind schön und gut, und wir zweifeln nicht im geringsten an der Herzlichkeit der Aufnahme, die den deutschen Journalisten zuteil geworden ist. Die Menschen verstehen sich leicht, gerade auch dann, wenn sie unter der Spannung erster Konflikte und schwer lösbarer Gegensätze die Anziehungskraft des klärenden Gesprächs untereinander verspüren. Und die diplomatische Propaganda schließlich, die fremde

Besucher in das Land aufnimmt, hat noch nie den Zweck verfolgt, ihre Gäste vor den Kopf zu stoßen.

Die Freundlichkeiten also, die im Walten geschickter Propaganda geboten werden, geben nicht die Maßstäbe für die Chance einer internationalen Verständigung.

Last der Gegenwart

Wir sind durchaus empfänglich für manches Wort in der sowjetischen Note, das die Zerstörung und das Leid berührt, die der von Hitler entfesselte Krieg beiden Völkern zugefügt hat. Zehn Jahre danach sollte man wirklich den Schlußstrich ziehen.

Vergessen kann man aber nicht das, was für alle Deutschen noch schmerzliche Gegenwart ist: die von den Sowjets noch zurückgehaltenen deutschen Soldaten und verschleppten Zivilisten, die kommunistische Vergewaltigung der Zone und die mit ihr verschuldete Spaltung Deutschlands. Man muß also diese unerträgliche Gegenwart überwinden, wenn man die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion normalisieren will.

Der Bundeskanzler wird gewiß als Sprecher des gesamten deutschen Volkes einen ehrlichen Versuch hierzu machen — aber zu einem Gelingen gehören immer zwei, die sich im Willen zu Gerechtigkeit vereinen. Gerechtigkeit aber heißt: Achtung vor dem Recht.

Gerechtigkeit oder Ausgleich?

Es wäre wunderschön, wenn man bei der Lösung der internationalen Streitfragen und vor allem des Deutschlandproblems einem Rat des indischen Ministerpräsidenten Nehru folgen könnte. Nehru hat seine Abneigung gegen Militärblocks einmal mit der Auffassung begründet, daß man bei der Lösung internationaler Probleme immer frage, ob der eine oder der andere Block von der Lösung profitiere; das diene nicht dem Frieden, man müsse statt dessen vielmehr fragen, was gerecht sei.

Dieses moralisch schöne Rezept ist leider politisch unbrauchbar, weil es über das, was bei der Lösung der Deutschlandfrage im einzelnen gerecht sein würde, unter vier Mächten

meist vier Meinungen geben wird — und eine deutsche noch dazu.

Auch in der Frage der Wiedervereinigung kommen wir mit dem Anruf der Gerechtigkeit allein, den wir gewiß niemals unterlassen sollten, leider nicht weiter, sondern nur mit einem vernünftigen Ausgleich der noch widerstrebenden Interessen. In einem solchen Ausgleich haben folgende Elemente die entscheidende Funktion:

1. Die Forderung nach Sicherheit, und zwar Sicherheit für Deutschland und für Europa und selbstverständlich auch für das von Deutschland zwar nicht gefährdete, aber ewig mißtrauische Sowjetrußland.

2. Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands, das gegenüber den anderen europäischen Völkern nicht diskriminiert werden darf.

3. Der Status des geeinten Deutschland soll so geartet sein, daß Deutschland weder als Ganzes in den einen oder anderen Block integriert ist (das fordert Moskau), noch daß es mit unbeschränktem Rüstungsrecht und voller Handlungsfreiheit als „Zünglein an der Waage“ zwischen den Machtblocks steht (das lehnen alle vier Mächte ab), noch daß es als neutrales Vakuum ohnmächtig zwischen den Fronten vegetiert (das lehnt der Westen ab).

Aus diesen wesentlichen Elementen, über die sich die vier Mächte teils einig, teils uneinig sind, muß die Lösung der Deutschlandfrage geformt werden.

Es gibt heute auf keiner Seite einen fertigen Plan, von dem man sagen könnte, daß er die Lösung bringt. Das heißt indes nicht, daß die an den kommenden Verhandlungen beteiligten Regierungen nicht eine ganze Stufenfolge von Möglichkeiten bereithalten.

Der Beitrag Berlins

Die Aufgabe Berlins ist es in dieser Situation nicht, die vielen Pläne mit neuen Varianten zu vermehren, sondern im Grundsätzlichen ein Warner und Wächter zu sein. Berlin muß warnen vor einer unfruchtbaren diplomatischen Starrheit, die zwangsläufig bei einer gerade für unsere Stadt gefährlichen innerdeutschen Koexistenz enden müßte.

Treffen mit Sowjets im August?

Moskauer Vorschläge werden nach der Viererkonferenz beantwortet

Berlin (Eigenbericht/ AP/DPA). Die Bundesregierung hat den Empfang der sowjetischen Note mit der Einladung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer nach Moskau und der Aufforderung zur Aufnahme normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in einem Schreiben an die Sowjetregierung formell bestätigt.

Mit einer Antwort auf die in der Note enthaltenen Vorschläge und einer endgültigen Stellungnahme der Bundesregierung zu der Note wird nicht vor der Rückkehr des Bundeskanzlers von seiner Reise nach den USA und Großbritannien gerechnet.

Nach Ansicht politischer Kreise wird Bundeskanzler Dr. Adenauer mit den Vertretern der Sowjetregierung nicht vor August zusammentreffen. Anscheinend ist beabsichtigt, die Frage der deutschen Wiedervereinigung erst auf der Viererkonferenz, die Mitte Juli beginnen soll, anrollen zu lassen, bevor Adenauer das Gespräch mit den Sowjets aufnimmt.

Es wird in Bonn immer wieder hervorgehoben, daß das letzte Wort in Sachen Wiedervereinigung bei den Westmächten und der Sowjetunion liegt. Die sowjetrussische Note an die Bundesregierung hat ja auch betont, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Verhandlungen über die Wiedervereinigung erleichtern werde, daß also anscheinend sowjetischerseits an ein Gespräch mit deutschen Partnern erst nach Herstellung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau gedacht sei.

Alle Register

Die politische Aktivität in Moskau läuft derweil auf vollen Touren. In Moskau verstärkt sich für den westlichen Beobachter der Eindruck, daß die Sowjetregierung alle Register für eine politische Offensive zu ziehen beginnt.

Die in die sowjetische Hauptstadt eingeladenen westdeutschen und Westberliner Korrespondenten hatten Gelegenheit, mit mehreren maßgebenden Vertretern der sowjetischen Politik zusammenzutreffen, u. a. mit dem ehemaligen Oberkommissar in Deutschland und jetzigen ersten stellvertretenden Außenminister Semjonow.

Während eines Empfanges er-

klärte Semjonow auf Anfrage, die Bundesrepublik mit ihren 45 Millionen Einwohnern sei im Vergleich zur „Deutschen Demokratischen Republik“ mit ihren 18 Millionen sehr wohl in der Lage, ein politisches Übergewicht zu erlangen, „wenn Westdeutschland eine Friedenspolitik betreibt“. Semjonow war jedoch nicht zu bewegen, seine lächelnd ausgesprochenen Worte näher zu erläutern.

Ohne Zensur

Am Tag zuvor hatten Beamte des sowjetischen Außenministeriums vor den Pressevertretern aus der Bundesrepublik und

aus Westberlin hervorgehoben, daß die Sowjetunion keine Bedingungen für den Zeitpunkt und die Tagesordnung der vorgeschlagenen Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau über eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen stellt.

Die Telefonberichte der deutschen Korrespondenten unterlagen diesmal nicht der sowjetischen Zensur.

Auf die Frage des Westberliner DPA-Korrespondenten, ob bei einem eventuellen Zusammentreffen zwischen Adenauer und Vertretern der Sowjetregierung von sowjetischer Seite auch die Anerkennung der „DDR“ durch die Bundesrepublik angeschnitten werden solle, sagte ein Sprecher, diese Frage könne Gegenstand von Verhandlungen sein.

Die Meinung der Welt

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Das Moskauer Angebot an Bundeskanzler Adenauer hat selbstverständlich ein weltweites Echo ausgelöst. Die Note war von der sowjetischen Botschaft der deutschen Botschaft in Paris zugeleitet worden und wurde gleichzeitig in Moskau auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Zwei Journalisten aus der Sowjetzone gaben dabei ungewollt den ersten Kommentar: Sie sprangen von ihren Stühlen auf und blieben — wie AP berichtet — „mit offenem Munde stehen“.

Informierte Kreise im Westen hatten einen ähnlichen Schritt Moskaus erwartet. Dennoch wirkte die Note als echte Welt-sensation. Überblickt man die Fülle der Äußerungen aus allen westlichen Ländern darüber, erkennt man deutlich einige übereinstimmende Grundtendenzen.

Am hervorstechendsten ist das Vertrauen zu Dr. Adenauer. Wenn einer in Moskau nicht in irgendeine Falle gehen würde, dann sei es der Bundeskanzler, heißt es beispielsweise in London. Von keiner Seite wird er der Unzuverlässigkeit verdächtigt.

Sicherlich habe Moskau, so heißt es in den meisten Erklärungen, nicht eine plötzliche Liebe zu Adenauer entdeckt, viel wahrscheinlicher sei die Absicht, ihn durch scheinbares Entgegenkommen in eine schwierige Position zu bringen.

Doch auch hier äußert man festes Vertrauen auf die erwiesene Geschicklichkeit des Kanzlers, der wie kaum ein anderer die Gabe habe, den Sowjets den Standpunkt klarzumachen.

In zahlreichen Kommentaren wird weiter hervorgehoben, daß die Einladung an Adenauer, der mitsamt der Bundesregierung bisher im Jargon der sowjetischen Propaganda als „Knecht der amerikanischen Kriegspolitik“ erschien, praktisch die Anerkennung der Bundesregierung bedeute, damit aber auch in höchst gefährlicher Weise beinhalte, daß Moskau die Auffassung durchsetzen will, in Deutschland bestünden zur Zeit zwei Regierungen, mit denen die Sowjetregierung ihre Beziehungen zu regeln habe. Man erinnert daran, daß Molotow schon im vorigen Jahr auf der Berliner Konferenz entsprechende Bemerkungen hat fallen lassen.

Gedenkfeiern zum 17. Juni

Berlin (DPA). Die Berliner Gedenkfeiern am 17. Juni werden mit der Einweihung des Denkmals für die Opfer der Volkerhebung im sowjetisch besetzten Gebiet auf dem Friedhof See-Ecke Müllerstraße im Bezirk Wedding um 10 Uhr eingeleitet.

Es werden Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und Innenminister Lipschitz sprechen. Den Höhepunkt des Gedenktages bildet um 19 Uhr eine Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg, auf der Bundesminister Jakob Kaiser, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, der Regierende Bürgermeister Suhr und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Brandt, in Ansprachen auf die Bedeutung des Tages hinweisen werden.

An den Feierlichkeiten nehmen 50 Abgeordnete des Bundestages teil.

Vierertreffen am 18. Juli

Beratungen über internationale Entspannung

London (AP). Die Einladung der drei Westmächte an die Sowjetunion zu einer Konferenz der Regierungschefs der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs vom 18. bis 21. Juli in Genf ist von Moskau angenommen worden. Die vier Außenminister, die nach dem 20. Juni in San Franzisko während der Zehnjahresfeier der Vereinten Nationen zusammenkommen, sollen die letzten Vorbereitungen zu dieser Konferenz treffen.

Der Besprechung der vier Außenminister wird am 16. und 17. Juni in New York ein Treffen der drei westlichen Außenminister vorausgehen, die dort das inzwischen von einem Arbeitsausschuß fertigzustellende Koordinierungs-Programm prüfen und ihr Vorgehen in Einklang bringen werden. Dabei soll der zu dieser Zeit in den USA weilende Bundeskanzler Adenauer in Fragen konsultiert werden, die Deutschland betreffen.

In diplomatischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß die Regierungschefs den allgemeinen Kurs zur Entspannung

Deutschland ist unteilbar

Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Braunschweig (Eigenbericht). In Braunschweig fand die Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland statt. Sie wurde mit einer öffentlichen Kundgebung eröffnet. Auf der Kundgebung sprachen nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Kuratoriums, Paul Löbe, Bundesminister Jakob Kaiser, Axel de Vries, Professor Dr. Hermann Heimpel von der Universität Göttingen und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer.

Kaiser stellte zu der Einladung Moskaus an den Bundeskanzler fest, daß es nur von Nutzen sein könne, wenn zwischen Moskau und Bonn über die Wiedervereinigung Deutschlands auch einmal unmittelbar gesprochen werde. Mit aller Entschiedenheit müssen in dieser entscheidungsvollen Zeit alle Deutschen immer wieder den Willen kundtun, daß sie zwar leidenschaftlich an einer Entspannung in der Welt interessiert sind, daß aber diese Entspannung unter keinen Umständen auf der Basis des status quo, der Teilung Deutschlands, gefunden werden könne und dürfe.

Da mehrere tausend Braunschweiger keinen Zutritt mehr zu der überfüllten Kundgebung bekommen konnten, wurden gleichzeitig Parallelkundgebungen veranstaltet, auf denen die Redner der Kundgebung ebenfalls sprachen. Die Veranstaltung endete mit einem Fackelzug durch die Stadt.

Neue Bundesminister

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundesregierung gehören jetzt 20 Bundesminister außer dem Bundeskanzler an. Mit der Ernennung von drei neuen Ministern durch Bundespräsident Professor Heuss ist diese Zahl erreicht worden.

Der CDU/CSU-Fraktionsführer Dr. von Brentano wurde Außenminister, der Sicherheitsbeauftragte Blank (CDU) Verteidigungsminister und der DP-Fraktionsführer Dr. von Merkatz Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates als Nachfolger von Hellwege.

Neutralisierung unannehmbar

Bonn (DPA). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat über den Rundfunk betont, alle Teilnehmer einer künftigen Viererkonferenz müßten sich völlig darüber klar sein, daß eine Neutralisierung Deutschlands für die Bundesrepublik unannehmbar ist. Die Ausklammerung Deutschlands aus seinen Beziehungen zur freien Welt sei keine Lösung.

Jede Neutralisierung mache Deutschland zum Objekt der politischen Gegensätze. Deutschland könne sich dann nicht selbst erhalten und werde über kurz oder lang in die Rolle eines Satellitenstaats gedrängt. Die von der Bundesregierung betriebene Politik der Stärke habe mit Aggressions- und Expansionsstreben nichts, wohl

aber alles mit dem Willen zur Selbsterhaltung gemeinsam. Sie habe der Bundesregierung den Weg zu Verhandlungen geöffnet, wie die Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau beweise. Zu der sowjetischen Einladung müsse klargestellt werden, daß eine Anerkennung der Sowjetzonenregierung von der Bundesregierung weder verlangt noch erwartet werden dürfe.

Werkschutz wird aufgelöst

Wien (DPA). Der Werkschutz der Betriebe in Österreich, die bisher unter sowjetischer Verwaltung standen (USIA-Betriebe), muß jetzt seine Waffen abgeben. Die Angehörigen des Werkschutzes sind in erster Linie besonders ausgewählte österreichische Kommunisten.

Bildungsabbau in der Sowjetzone

„Volksbildungsminister“ kündigt neue Maßnahmen im Schulwesen an

„Volksbildungsminister“ Fritz Lange nahm kürzlich im „Neuen Deutschland“ die Ratifikation der Pariser Verträge und die dadurch „entstandene neue politische Lage“ zum Anlaß, um neue Maßnahmen im sowjetzonalen Schulwesen anzukündigen. Durch sie soll „der patriotischen Erziehung“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit die Schüler „ihre Heimat noch tiefer und ganz bewußt lieben, die Feinde der Heimat aber hassen.“

Um Zeit zu gewinnen und die Schulausbildung weitgehend den späteren Anforderungen in der Industrie, der Landwirtschaft und beim Waffendienst anzupassen, soll der „polytechnische Unterricht“ eingeführt, die Lehrpläne von der „Überfülle des Stoffes“ befreit und der Fluktuation in der Lehrerschaft entgegengewirkt werden. Innerhalb von fünf Jahren soll die Zehnklassenschule obligatorisch und die sogenannte Oberschule im Aufbau abgeschafft werden.

Russisch — mangelhaft

Lange kritisierte die Isolierung der Schularbeit vom politischen und gesellschaftlichen Leben und nannte den Unterricht „langweilig verbal, ermüdend und deshalb wirkungslos“. Besonders im Russischunterricht seien erschreckende Mängel festzustellen. Es müsse erreicht werden, daß die Kinder die russische Sprache „lieben und schätzen lernen“.

Bei der Beurteilung der neuen Maßnahmen muß man vorwegnehmen, daß es eine beliebte Methode der SED ist, jede Phase der Sowjetisierung Mitteleuropas mit der veränderten politischen Lage zu begründen und die Reaktionen des Westens als Aktionen, ihre eigenen Aktionen aber als Reaktionen zu bezeichnen. Das gilt für alle willkürlichen Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Ganz besonders aber für das Schulwesen.

Planmäßige Gleichschaltung

Hier wurde nach dem 8. Mai 1945 eine Entwicklung eingeleitet, die auf eine planmäßige Gleichschaltung mit dem sowjetischen Schulsystem abzielt. Schulreform, Volkslehrer und Schulbücher nach sowjetischem Muster waren die ersten Stützen zur Durchsetzung der systema-

tischen Erziehung zum Kommunismus, die das humanistische Bildungsgut verdrängten. Seither sind die raffiniert-primitiven Methoden immer ausgefeilter geworden, ihr Ziel — die restlose Sowjetisierung der gesamten Pädagogik, ist unverändert.

Die Lehrpläne wurden entsprechend den ZK-Anweisungen und Ministerratsverordnungen nach den Prinzipien der kommunistischen Parteilichkeit festgelegt und ermöglichen FDJ und Jungen Pionieren weitgehende Einflußnahme. Die kürzlich eingeführten „Schüler-Regeln“ fordern „die Erziehung zur bewußten Disziplin“, ein weiterer Schritt also, durch den die individuelle Erziehung des Schülers zugunsten der kollektiven Meinungsbildung eingeschränkt wird.

Kollektivgehorsam

Wenn jetzt die psychologische Vorbereitung zum Kollektivge-

horsam, die Erziehung zum Haß, betrieben werden soll, dann bestätigt sich darin die menschenfeindliche, jede Sitte und Recht leugnende Substanz der kommunistischen Ideologie, die sich nicht scheut, schon die Kleinsten seelisch zu vergiften und Haß gegen die Angehörigen des eigenen Volkes zu predigen.

Diesem Ziele werden alle Maßnahmen untergeordnet. Die Schulausbildung dient nur noch rationalen Zwecken — der späteren Spezialistentätigkeit in der Produktion — und die Kürzung des Lehrstoffes zieht jenen Bildungsabbau nach sich, der aus dem Schüler einen wenig komplizierten und zur blinden Befehlsausführung geeigneteren Menschen formt. Unter solchen Verhältnissen vollzieht sich die völlige Reduktion aller Persönlichkeitswerte.

Die Auswirkung dieser gefährvollen Entwicklung ist nicht zu übersehen, weil noch nicht abzusehen ist, wann diesem infamen Treiben ein Ende gesetzt werden kann. Bis dahin muß man auf die persönlichkeitsbildende Wirkung von Mensch zu Mensch und auf das natürliche Unterscheidungsvermögen der Kinder in der Zone vertrauen.

Verstärkte Jugend-Flucht

4917 bat in Mai um Aufenthaltsgenehmigung

Bonn, (DPA). Die Zahl der jugendlichen Flüchtlinge aus der Sowjetzone und Ostberlin ist seit einigen Monaten ständig im Wachsen. Wie das Bundesvertriebenenministerium in Bonn erklärte, haben im Mai 4917 allein stehende Jugendliche Aufenthaltserlaubnis beantragt, im Februar waren es nur 2781, im März 3521 und im April 1955 noch 3973. Auch in der ersten Juniwoche hält sich der Strom der Jugendlichen auf der Maihöhe.

Als Gründe für diese Entwicklung nannte Staatssekretär Dr. Nahn

1. die verstärkte Werbung für die Volkspolizei, die unter Androhung des Verlustes der Arbeitsstelle vor sich gehe.

2. die Heranziehung zum Dienst in den sogenannten

Kampfgruppen der FDJ und der Betriebe und

3. die vorhandene und vermutete Erschwerung des Interzonenreiseverkehrs.

Insgesamt haben im Monat Mai 19 550 Zuwanderer aus der Sowjetzone Notaufnahme im Bundesgebiet beantragt, das sind rund 1500 mehr als im April.

Nach den Berechnungen des Vertriebenenministeriums haben in den vergangenen drei Jahren fast zehnmal soviel Personen ihren Wohnsitz vor der Sowjetzone in die Bundesrepublik verlegt wie umgekehrt.

Von 1952 bis Ende 1954 wurden im Westen 537 865 Personen aufgenommen, während nur 58 640 aus dem Bundesgebiet nach dem Osten abgewandert sind.

Der rote Handel lockt wieder

Wünsche der Sowjetunion — Gegenleistung ungewiß

In der sowjetischen Note an die Bundesregierung wird auch der Wiederherstellung von stabileren Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik große Bedeutung beigemessen. Die Note erinnert daran, daß früher der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern beträchtlich war und zeitweise sogar ein Fünftel des Außenhandels beider Länder ausmachte, seitdem aber eingeschränkt und unbeständig geworden ist. Normale Beziehungen zwischen beiden Ländern würden die grundlegenden Voraussetzungen für einen umfangreichen Handel darstellen, die für beide Teile von Vorteil wären.

Sieht man mal von den politischen Hintergründen ab, von denen solche Verheißungen an die westdeutsche Industrie diktiert sein mögen, eines steht sicher fest, daß die Sowjetunion mit der noch höher entwickelten deutschen Industrie, die ihr bei der weiteren Industrialisierung des Riesenlandes alles, was sie bedarf, zur Verfügung stellen kann, gern wieder in das Geschäft kommen möchte.

Die Zeit, in der der deutsch-russische Handel die in der Note angedeutete Höhe hatte, liegt allerdings schon lange zurück. Bei einer Gesamteinfuhr des Jahres 1924 von 9,14 Mrd. Reichsmark wurden aus Rußland 126 Mill., das sind 1,4 v.H., eingeführt, an der Ausfuhr von 6,53 Mrd. hatten die Lieferungen nach Rußland mit 89 Mill. einen Anteil von ebenfalls 1,4 v.H. Durch die Abkommen in den folgenden Jahren, bei denen mit Hilfe der Banken eine Industriefinanzierungsgesellschaft Ost ins Leben gerufen wurde, blühte der Handel mit Rußland wieder auf.

Dabei waren die Russen peinlich darauf bedacht, die Zahlungsbedingungen genau einzuhalten und die auf kurze oder längere Zeit laufenden Russenwechsel zu bezahlen. Rußland lieferte damals vor allem Getreide und industrielle Rohstoffe, darunter erhebliche Mengen von Erzen, während Deutschland industrielle Anlagen nach Rußland exportierte. Nach dem Statistischen Jahrbuch nahm der Handelsverkehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion in den Jahren 1928 bis 1930 folgende Entwicklung (in Mill. RM):

	1928	1929	1930
Einf. aus Rußland	379	426	336
Ausf. nach Rußl.	403	354	341

Bei einer Gesamteinfuhr von 10,39 Mrd. betrug der Anteil Rußlands in 1930 etwas über 4 v. H. Bei der deutschen Ausfuhr von 12,04 Mrd. war Rußland mit 3,6 v. H. beteiligt.

Nach dem zweiten Krieg hat zwar der Handel zwischen der Sowjetzone und der Sowjetunion einen sehr erheblichen Aufschwung genommen. Hier konnte die Sowjetunion nach ihren Wünschen diktieren, was dabei Reparationslieferungen, was echter Export war, blieb unklar. Die emsigen Bemühungen der Sowjetzone um Erweiterung des Außenhandels zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse lassen darauf schlie-

ßen, daß die Sowjetunion nur das unbedingt Nötige abgenommen und geliefert hat.

Mit Westdeutschland ist der Handelsverkehr der Sowjetunion nahezu auf den Nullpunkt gesunken, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt (in Mill. DM):

	1950	1951	1952
Einfuhr . . .	0,7	1,9	16,6
Ausfuhr . . .	0,0	0,1	0,6

Das bedeutet bei einem Gesamtvolumen des Außenhandels in 1952 von 33 Mrd. einen Anteil von 0,05 v. H.

Die Sowjetunion wird sicher viele Wünsche haben, was es dagegen bei dem hohen eigenen Bedarf an Nahrungsmitteln wie an Rohstoffen zu bieten hat, ist dagegen sehr ungewiß. Zwar wurden die Besuche ausländischer Handelsdelegationen in Moskau nach sowjetischen Mitteilungen immer mit „großen Erfolgen“ abgeschlossen, man hat auch gehört, daß Rußland erhebliche Teile seiner Aufträge mit Gold bezahlt hat, aber vieles spricht doch dafür, daß die Sowjetunion auch heute noch nicht sehr exportkräftig geworden ist.

Rebellion durch Schweigen

Polnische Schüler schrieben an Stimme Amerikas

New York (AD). Über einen „Aufstand mit der Waffe des Schweigens“, zu dem es unter polnischen Schülkindern im Kampf gegen „rot gefärbten“ Geschichtsunterricht gekommen ist, berichteten kürzlich Warschauer Jungen in einem aufschlußreichen Brief an „Die Stimme Amerikas“.

Die ihnen vorgesezte Literatur sei „großzügig gewürzt mit kommunistischer Tunke“, und historische Fakten würden durch Lügen verdreht oder entstellt, heißt es in dem Brief. Die polnische Jugend ist aber in all den Jahren keineswegs apathisch geworden, sondern erkennt die Gefahr, der sie durch solche Machenschaften ausgesetzt ist. Allerdings haben die Schüler und Studenten keine andere Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, als durch Schweigen eine Rebellion zu demonstrieren, wenn die kommunistischen Agitatoren Zustimmung und Begeisterung verlangen.

Die Warschauer Jungen berichten unter anderem, daß sie

Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes ZMP werden mußten, aber selbst bei Aufmärschen und Massenversammlungen seien sie so gut „wie nicht dabei“. Wörtlich schreiben sie dann: „Wir melden uns auch nie als Redner bei solchen Veranstaltungen, und während der Diskussion herrscht oft eisiges Schweigen, mit dem wir genau das ausdrücken, was offen nicht gesagt werden darf.“

Vor zehn Jahren verschleppt

Berlin (Eigenmeldung). Von den mehr als 16 000 deutschen Kindern und Jugendlichen, die vom 5. bis 7. Juni 1945 von sowjetischen Soldaten entführt wurden, sind bisher etwa 4800 zurückgekehrt. In einer Sendung anlässlich der Massenentführung gab RIAS am Montag bekannt, daß allein aus Berlin über 700 Mädchen und Jungen verschleppt worden seien. Von ihnen seien nur 40 wieder zurückgekommen.

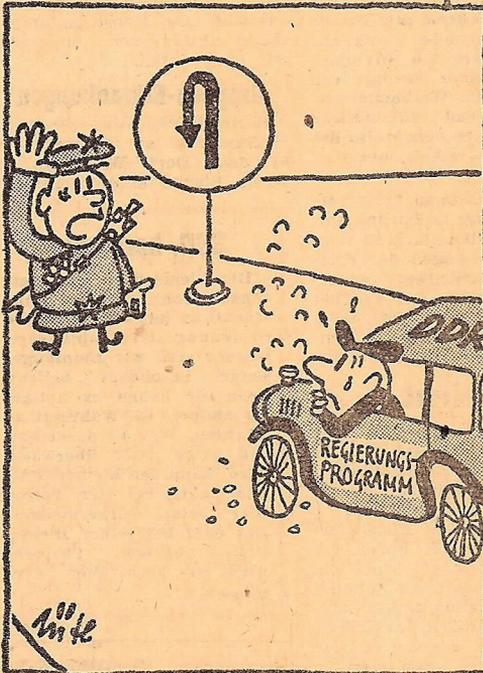
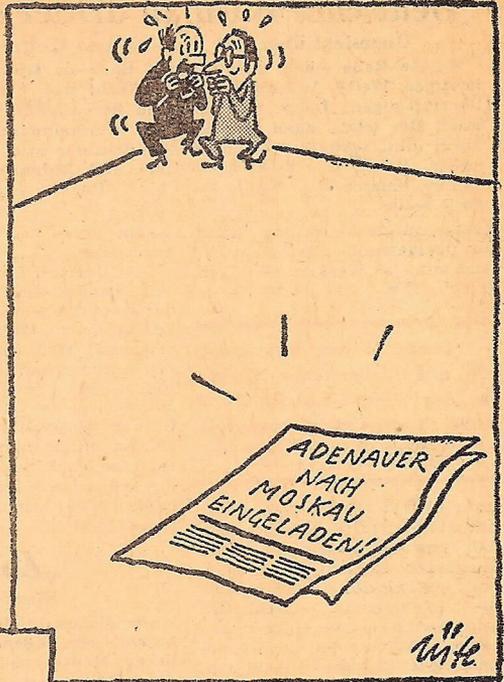
Diese Heimkehrer hätten von 20 weiteren Entführten die Todesnachricht mitgebracht.

Peinlich — peinlich ...

„Auch ist es vorgekommen, daß Hausfrauen, die bei der Bekanntgabe der Nachricht gerade in der Küche hantierten, alles beiseite schoben und zunächst einmal die Nachricht weitergetragen haben“, heißt es im Leitartikel der Ost-CDU-Zeitung „Neue Zeit“ über die sowjetische Einladung an Adenauer. Fürwahr, schon diese überaus geistreiche politische Darstellung zeugt von dem hohen Niveau und der tief sinnigen Darstellungskraft eines ostsektoralen Chefredakteurs.

Nun, wenn sich schon hantierende Hausfrauen spontan zum Weitertragen von Nachrichten entschließen, wird man es uns nicht verübeln, auch den Leitartikel der „Neuen Zeit“ nachrichtlich weiterzutragen, der dann das Loblied auf Rapallo singt und triumphierend feststellt: „Übrigens ist der Botschafter der Bundesrepublik in Paris, dem die sowjetische Note überreicht worden ist, der gleiche Freiherr von Maltzan, der den Rapallovertrag mitunterzeichnete und als Leiter der Ostabteilung des damaligen Außenministeriums sich mit Eifer für das Zustandekommen dieses Vertrages eingesetzt hat.“

Doch wer Nachrichten weiterträgt darf — jedenfalls nach westlichen Gepflogenhei-



„Halt, schlechte Wegstreckel!
Erst mal Kehrtwendung um 180 Grad!“

„Bomben“-Stimmung in Pankow

ten — keine Lügennachrichten weitertragen. Und so müssen wir, bedauerlicherweise, korrigieren: Der Rapallo-Maltzan starb 1927, der jetzige Botschafter-Maltzan war beim Abschluß des Vertrages von Rapallo ganze 22 Jahre alt ...

Nur SED-Ärzte dürfen

Die wachsende Unlust von SED-Mitgliedern, in den sogenannten Kampfgruppen Dienst zu tun, hat das Zentralkomitee der SED zu der Anweisung an die Kreisleitungen veranlaßt, ärztliche Atteste und Gesuche um Dienstbefreiung künftig schärfer nachzuprüfen. Von jetzt an dürfen, wie der Untersuchungsausschuß freihetlicher Juristen meldet, nur noch solche Atteste anerkannt werden, die von SED-Ärzten ausgestellt wurden.

Heimkehrer aus der CSR

Ein neuer Transport von 37 ehemaligen politischen Häftlingen aus der Tschechoslowakei ist auf dem bayerischen Grenzbahnhof Schirnding eingetroffen. Drei der Heimkehrer, die aus dem Strafgefängnis Ilava (Slowakei) kamen, berichteten, daß von den rund 700 sich noch dort befindlichen Häftlingen annähernd 150 nur noch liegend einen Rücktransport überleben würden. Sie seien völlig entkräftet.

Deutsches Buch an dritter Stelle

Übersicht über den literarischen Weltmarkt

Welche Rolle spielt das deutsche Buch im Geistesleben der heutigen Welt? Auf diese Frage erlaubt das Verzeichnis der Übersetzungen, Index translationum der UNESCO, eine Antwort. Der letzte Band, der über die Erscheinungen 1953 Auskunft gibt, schließt 47 Länder ein, darunter auch die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und Bulgarien, während andere Staaten des Ostblocks, China, Ungarn und Rumänien noch fehlen.

Das aufgeschlossenste Land für Übersetzungen ist Deutschland mit 1469 Werken, es folgen Japan (1298), die Tschechoslo-

wakei (1260), Frankreich (1233) und Italien (1221). Es zeigt sich, daß gewisse westliche Völker mit einer eigenen vielseitigen Kulturentwicklung sich gegen die Übersetzung abschließen und gewissermaßen einer kulturellen Autonomie zustreben. Dies gilt für die Vereinigten Staaten mit 598 und England mit 622 Übersetzungen.

Freunde in der SBZ bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin - Charlottenburg 9, mitzuteilen.

Umgekehrt sind gewisse kleinere Völker weit stärker für die Übersetzung aufnahmebereit. So halten die Niederlande mit 840, Norwegen mit 534 und Schweden mit 582 Übertragungen ungefähr Schritt mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Was von den westlichen Völkern gesagt wurde, gilt noch mehr für die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang. Den 432 Übersetzungen der riesigen Sowjetunion stehen 1260 in der Tschechoslowakei,

788 in Polen, 563 in Bulgarien gegenüber. Die Übersetzungstätigkeit in den Staaten des Ostblocks ist durch weitgehende Inzucht gekennzeichnet. Was in Rußland erscheint, sind fast ausschließlich Autoren der nichtrussischen Völker der Sowjetunion, der Ukrainer, der Georgier oder Bücher der Satellitenvölker. Bei den Satellitenvölkern haben die Russen den Löwenanteil. Sogar die bulgarische Karl-Marx-Ausgabe beruht auf einem russischen Text.

Aus welchen Sprachen wird am meisten übersetzt? Nach dem stark führenden englischen Buch folgt das französische und an dritter Stelle das deutsche. (Der Kennzeichnung liegt die Sprache, nicht die Staatsangehörigkeit zugrunde.) Während das französische Buch in Südamerika, das englische in den skandinavischen Ländern bevorzugt wird, ist das deutsche Buch über alle Gebiete (von den Ostblockstaaten abgesehen) ziemlich gleichmäßig verteilt. Während aber das französische Buch seine Verbreitung in der Welt vor allem der schönen Literatur verdankt, ist für die Position des deutschen Buches stark das Fachwerk (Technik und Medizin) und auf die philosophische Literatur entscheidend.

Die deutsche klassische Literatur erlebt in allen Ländern beständig Neuausgaben, 1953 Goethe allein in Japan 14 Bände.

„Zur Freiheit berufen“

Bischof Weskamm sprach zur Jugend

Die Bekenntnisfeier 1955 der katholischen Jugend zum christlichen Menschenbild klang auf dem Reiterplatz am Olympiastadion mit einer Predigt von Bischof Wilhelm Weskamm aus. Mehrere tausend Jugendliche hatten sich unter dem Motto des Tages „Zur Freiheit berufen“ versammelt.

Bischof Weskamm rief die katholische Jugend Berlins auf, als freie Christen stark zu sein, um den Bedrohungen der Freiheit in der Gegenwart widerstehen zu können. Die Freiheit habe zwei Feinde: die Masse und die eigene Natur des Menschen. Das Kollektiv, sagte Bi-

schof Weskamm, würde die Freiheit des Menschen immer mehr untergraben, ohne daß wir es merken.

„Gruppen-Erkrankungen“

Berlin (DPA). Eine „Gruppen-Erkrankung“ an Trichinose ist in dem Dorf Weischlitz im Kreis Plauen aufgetreten.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Vollbeschäftigung erreicht

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat den bisher tiefsten Stand seit der Währungsreform erreicht. Sie ist im Mai um 162 612 auf 731 104 zurückgegangen. Der bisherige Tiefststand lag im September 1954 bei 820 919.

Wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bekanntgab, ist damit im Bundesgebiet die Vollbeschäftigung erreicht. Die überaus günstige Entwicklung des vergangenen Monats sei nicht zuletzt auf die von der

Bundesanstalt während des Winters gemachten Anstrengungen zurückzuführen, Arbeitslose aus den Notstandsgebieten an Bedarfsplätze zu vermitteln.

Trotz des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit werde die deutsche Wirtschaft vorläufig noch ihren Bedarf an Arbeitskräften im Inlande decken können. Ein großer Teil des Kräftebedarfs könne aus der in den nächsten Jahren noch ziemlich großen Zahl der Schulentlassungen und der Sowjetzonenflüchtlinge gedeckt werden.